

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstanschrift: Tageblatt Riesa,
Gasse Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfach: Dresden 1530
Gasse Riesa Nr. 22.

Nr. 178.

Dienstag, 2. August 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zusatzgebühr, bei Abholung am Verkaufsort monatlich 4.10 Mark ohne Zusatzgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Verzögerung für das Auftreten an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Preis für die 48 um breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Octa-Preis 1.— Mark; zeitraubender und kostbarer Text 10%; Aufdruck, Nachdruckungs- und Vermittlungsgebühr 10 Pf. pro Zeile. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss über den Auftraggeber in Rechtsform gestellt. Ausgabungs- und Drucklagerort: Riesa. Verschiedenartige Unterhaltungsseiten: "Rießler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verordnungsbehörden — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Rücklieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Leopold Höhnel, Riesa; für Verantwortliche: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Weitere Verteilung von 2 Pfund Einmachzucker.

In der Zeit vom 5. bis mit 26. August 1921 gelangen weitere 2 Pfund Einmachzucker aus dem Konto der Bevölkerung zur Verteilung. Die Ausgabe erfolgt diesmal auf den vierten Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 21, sodass dieser Abschnitt insgesamt mit 3 Pfund Zucker zu beliefern ist.

Verbraucher, die anstelle von Normalzuckerarten aus irgendwelchen Gründen Ergänzungszuckerarten erhalten haben, müssen bei deren Ausgabekehren zur Erlangung dieser Sonderzuweisung einen neuen Antrag auf Erteilung von Ergänzungszuckerarten stellen. Sie erhalten daraufhin 2 Ergänzungskarten, die, wie vorgedruckt, mit je 1 Pfund beliefert werden und beide mit dem Vermerk der Laufzeit vom 5. bis 26. August 1921 versehen sein müssen.

Bezugskarten und K-Zuckerarten sind von der Einmachzuckerbelieferung ausgeschlossen.

Der auf die Normalzuckerkarte zur Ausgabe gelangende Zucker darf nur bei dem Kleinbäcker entnommen werden, bei welchem die Zuckerkarte zur Anmeldung gelangt ist und zwar, wie vorgeschrieben, gegen Vorzeigung der Stammkarte, von der der Händler den Abschnitt abzutrennen hat.

Aufwärts auf besondere Zuckerarten bestehen nicht. Es muß also jede Zuckerart, auch der zur Verteilung gelangende Brotszucker, als Einmachzucker abgenommen werden.

Der Wert der Normalzuckerkarte Reihe 21 erhöht sich durch diese Sonderzuweisung auf 11 Pfund. Diese weitere Erhöhung um 2 Pfund je Bezugsausweis wird dem Kleinbäcker durch seine Lieferanten auf dem Markenkonto ebenfalls ohne weiteres aufgebracht.

Binnenschiffer haben zwecks Erlangung dieser 2 Pfund Einmachzucker ihren Ausweis zur Erlangung von Ergänzungskarten der zuständigen Behörde vorzulegen, die die Ausbildung der 2 Ergänzungszuckerarten auf dem Ausweise zu vermerken hat, damit eine Doppelbelieferung ausgeschlossen ist.

Großenhain, am 1. August 1921.
666 c/667 b III. Die Amtshauptmannschaft.

Zucker zur Bienenfütterung betr.

Im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Februar ds. Jg. — 237 a III — wird weiter bekanntgegeben, dass von dem vom Reich als Herdtreibewaltung überwiesenen Bienenzucker auf jedes bis 31. März 1921 beim Bienenwirtschaftlichen Hauptverein durch die Bienenzüchtervereine angemeldeten Bienenwolk 7,5 Pfund Bienenzucker zu verteilen sind.

Ähnliches werden die Bienenzüchtervereine, von denen auch die seinem Vereine angehörigen Imker in dem betreffenden Bezirk mit zu beliefern sind, vom Bienenwirtschaftlichen Hauptverein in Rauschwitz dem Elster erfahren.

Geplante um Belieferung von mehr Bienenwölkern als der bis zum 31. März 1921 gemeldeten Zahl werden nicht berücksichtigt.

Großenhain, am 1. August 1921.

667 c III. Die Amtshauptmannschaft.

Mühlenöffnung.

Die mit der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 21. Juni ds. Jg. verfügte Schließung des Mühlenbetriebs von Otto Schädel in Pochra wird mit Wirkung ab 1. August ds. Jg. wieder aufgehoben.

Großenhain, am 1. August 1921.

858 b L. Der Kommunalverband.

Auf Blatt 13 des Genossenschaftsregisters, die Baugenossenschaft für das Personal der Königlich Sächsischen Staatsbahnen zu Riesa, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Riesa betreibt, ist heute eingetragen worden: Das Statut ist abgeändert. Abschrift des Beschlusses Bl. 168 in der Akten. Die Firma lautet künftig: Baugenossenschaft des Personals der Reichsbahnen zu Riesa, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Riesa.

Amtsgericht Riesa, den 29. Juli 1921.

Im hierigen Vereinsregister ist unter Nr. 18 der Verein für Feuerübungen in Riesa eingetragen worden.

Amtsgericht Riesa, den 29. Juli 1921.

Die Tagung des Obersten Rates.

Die Beratungen beginnen am 8. August in Paris.

Wie Reuter meldet, hat England Montag vormittags den Vorstoß, die Tagung des Obersten Rates am 8. August in Paris stattfinden zu lassen, Zustimmend beantwortet. Lloyd George, Lord Curzon und andere Regierungsmitglieder werden am Sonntag nach Paris abreisen. Es besteht in London das Empfinden, dass die Tagung nur wenige Tage dauern wird, da die britischen Minister in London dringendes zu erledigen haben. Der italienische Ministerpräsident und der italienische Minister des Neuherrn treffen ebenfalls in Paris ein.

Wie der Pariser Korrespondent der "Times" meldet, befähigt sich die Kommission der technischen Sachverständigen bereits mit den Hauptabschleifgleisen ihrer Aufgabe, und die vorgeschlagenen Grenzlinien Oberschlesiens werden in Schwarz, rot und blau auf den Karten verzeichnet.

Die Haltung Italiens.

Der italienische Minister des Neuherrn Della Torretta erklärte im Senat bei Besprechung der italienischen Außenpolitik: Die oberschlesische Frage wird vor den Obersten Rat kommen. Sie ist heikel. Italien wird sich an dieser Besprechung beteiligen und dabei seine eigenen tatsächlichen Interessen im Auge behalten, sich aber natürlich vor allem auf den Vertrag von Versailles stützen. Es wird jederzeit einen Test der Verschärftheit an den Tag legen, sowie den Geist der Gerechtigkeit und der Richtigkeit vor den Rechten eines jeden. Angeichts des Ernstes der Lage und der Tatsache, dass man am Vorabend einer wichtigen Entscheidung steht, glaubte der Minister, keine Einzelheiten mitteilen zu sollen.

Lloyd George über das Kompromiss.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, die britische Regierung sei im Verlaufe der jüngsten Auseinandersetzung mit Frankreich lediglich von dem Wunsche geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage in Gemäßigkeit des Abstimmungsresultats und der Bestimmungen des Friedensvertrages zu suchen. In Beantwortung von Fragen erklärte Lloyd George, es sei die Aufgabe der britischen Regierung, darüber zu machen, dass Polen und Deutschen in gleicher Weise völlig rechtäßige Behandlung zuteil werde. Er erklärte noch, er glaube, dass das Verfahren gegen die Kriegsbeschuldigten auf der Tagung des Obersten Rates Gegenstand der Erörterung sein werde.

Der angekündigte Schritt noch nicht erfolgt.

Wie das "Berl. Tagebl." erzählt, ist der angekündigte Schritt der Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens in der Frage des Transports von Verstärkungstruppen nach Oberschlesien bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Der Schritt dürfte im Laufe des heutigen Tages zu erwarten sein.

Der polnische Terror herrscht weiter.

Entgegen dem Säulenanschlag der interalliierten Kommission in Beuthen, in dem verkündet wird, dass die Ruhe in Oberschlesien jetzt im Allgemeinen wieder hergestellt sei, stellt das "Berliner Tageblatt" an Hand einer Reihe von Nachrichten fest, dass besonders in den Landorten des Industriegebiets der polnische Terror weiter unumstritten herrsche. Aus den Landorten des Kreises Beuthen werden Raubüberfälle, Verschleppungen und Entführungen auf Deutschgesetzte eingetragen. Der Abstimmungspolizist gelang es, die Entführungen nach langem Heuvergleich zu vertreiben. In derselben Nacht wurde das in der Nähe der Grenze gelegene Dorf Jam in Überfällen. Erst gegen Morgen konnten die Verbrecher über die polnische Grenze zurück geworfen werden. Auch auf

Kostellitz und Sotorisch machten polnische Banden Vorstoße.

Nach einer Meldung des "Berliner Tageblattes" aus Oberschlesien werden die Kreise Rybnik und Pleß zur Zeit von einer englischen Kommission bereit, die sich im Auftrage der englischen Regierung über die Stimmung der dortigen Bevölkerung unterrichten soll. Demzufolge will anscheinend die englische Regierung den Bericht dieser Kommission bei der Entscheidung über Oberschlesien und speziell über diese beiden Kreise verwenden.

Ein polnischer oberster Volksrat.

Nach dem Vorbild des Deutschen Ausschusses für Oberschlesien würde, wie die polnischen Blätter melden, ein polnischer oberster Volksrat für Oberösterreich ins Leben gerufen, zu dem Vertreter der polnischen Parteien und Gewerkschaften gehören. An der Spitze des Volksrates steht ein viergliedriges Präsidium, dessen Vorsitzender Rhimer ist. Der Volksrat hat seinen Sitz im Hotel Rommel in Beuthen. Seine wichtigste Aufgabe nennt der Volksrat den Schutz der Interessen der polnischen Bevölkerung und ihre Vertretung bei der interalliierten Kommission.

Generalstreik in Danzig.

Gegen die Vereinerung der Lebensmittel.

Da die von Seiten der sozialdemokratischen Partei für diesen Donnerstag beabsichtigte Demonstration auf dem Neumarkt verboten wurde, riefen gestern der Allgemeine Gewerkschaftsbund für die Freie Stadt Danzig, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, die AfA, die sozialdemokratische Partei Danzigs und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Danzig, zu einem am Donnerstag, den 4. August stattfindenden alljährlichen Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf. Es soll protestiert werden gegen die unerhörte Belastung durch die direkten und indirekten Steuern, gegen eine Erhöhung der Wohnungsmiete, gegen die Erhöhung des Brotpreises. Als Ausgleich der bestehenden Teverung wird gefordert werden eine Erhöhung der Rente und Gehälter für sämtliche Wohn- und Gehaltsempfänger, eine Erhöhung der Bezüge der Invaliden, der Witwen und Wallen, sowie eine ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen.

Eine Aktionssammlung gegen die Brotpreiserhöhung.

Nach einer Meldung des "Berliner Volksanzeigers" aus Magdeburg wendet sich die Aktionssammlung für die Provinz Sachsen gegen die drohende Brotpreiserhöhung. Eine beträchtliche Erhöhung des Preises würde zur Folge haben, dass viele Kreise der Bevölkerung noch mehr der Unterwerfung und ihren üblichen Folgen preiszugeben werden würden. Neue Folgen schwerer Unruhen und Kampfe stehen zu befürchten. Die Aktionssammlung hält es im Hinblick auf das allgemeine Wohl für geboten, dass unbedingt zur Lebenshaltung notwendige tägliche Brot in der bisherigen Preishöhe weiter zu verabfolgen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Verschiebung des Parteitages der Deutschen Volkspartei. Infolge der Feststellung der Berliner Stadtverordnetenwahlen auf den 14. Oktober macht sich eine Verschiebung des bisher auf den 14. und 15. Oktober festgesetzten Parteitages der Deutschen Volkspartei notwendig. Der genaue Zeitpunkt wird baldmöglichst bekannt gegeben werden.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die neuen Steuervorlagen wurden Montag nachmittag weitergeführt. Die Reise des Reichskanzlers nach Bremen macht eine Unterbrechung notwendig. Sie werden Mittwoch nachmittag wieder aufgenommen werden. Die durch die Presse gegebenen Mitteilungen über Einzelheiten und Tendenz der

Beratungen des Reichskabinetts beruhen auf Kombinationen.

Das Thema der Rede, die der Reichskanzler Dr. Wirth am heutigen Dienstag in Bremen halten wird, lautet: "Der Einfluss der bevorstehenden Entscheidungen des Obersten Rates auf die Wirtschaftslage".

Der Arbeiterstreik in Stettin. Nach einer Meldung des "Berl. Tageblattes" aus Stettin haben die streikenden Arbeiter das letzte Angebot der Arbeitgeber in der Lohn- und Urlaubsfrage erneut abgelehnt. Daraufhin haben die Arbeitgeber in weiteren Orten Pommern die Arbeiter ausgespielt.

Wieder englische Besetzung für Köln und Bonn? Es verlautet, dass Bonn, das vor Jahresfrist aus englischen französische Hände übergegangen war, wieder eine englische Besetzung erhalten wird. Wie zu erwarten war, werden auch die französischen Truppen in Köln wieder durch Engländer ersetzt werden. — Die Lage im Kölner Zeitungskreis ist unverändert.

Oberschlesische Kohle für Deutschland. Wie das "Berliner Tageblatt" hört, haben zwölf der Vertreter deutscher Bergwerksstellen, der Industrie, der Interallierten Kommission und der Eisenbahn-Direktion längere Verhandlungen über die Ablösung von neuen Kohlen-Transporten nach Deutschland stattgefunden. Die Verhandlungen führte zu dem Übereinkommen, dass schon in nächster Nähe Kohlentransportzüge aus Oberschlesien nach Deutschland abgehen können.

Ein neuer Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie. Der neue 12.000-Tonnen-Dampfer "Württemberg" der Hamburg-Amerika-Linie wird am Freitag in Bremen vom Stapel laufen. Auf diesem Anlass hat der Württembergische Staatspräsident an die Hamburg-Amerika-Linie ein Telegramm gesandt, in dem er dem Wunsche Ausdruck gibt, dass der neue Dampfer auf dem Ozean Segen ablegen möge für die un trennbare Verbindung von Nord und Süd.

Erkaiser Karl hofft weiter. Erkaiser Karl hat noch immer die seite Aufrüstung, er werde in absehbarer Zeit wieder auf den ungarischen Thron gelangen. Zur Bekämpfung eines Planes haben die früheren Minister des Auswärtigen Dr. Graß und Graf Apponyi vor einiger Zeit den Erkaiser auf Schloss Hartenstein besucht, und dieser Plan hat die Zustimmung des Erkaisers gefunden.

Türkei.

Der griechische König in Cöllischew. Wie die Havasagentur aus Athen meldet, ist König Konstantin in Begleitung des Premierministers Gunaris feierlich in Cöllischew eingezogen.

Frankreich.

Vom Gewerkschaftskongress. Die Delegierten der Minderheit des Gewerkschaftskongresses in Vilna haben eine Entschließung über die Organisation eines Minderheitskongresses angenommen, in der verlangt wird, dass sofort nach der Rückkehr der französischen Delegierten aus Moskau ein Kongress stattfinden solle, auf dem die Berichte dieser Delegierten verlesen werden sollen, um einen Gesamtüberblick über die internationale und revolutionäre Bewegung zu geben. Außerdem beschlossen die Delegierten der Minderheit, dass wenn auf Grund der Entscheidungen des Verbandskongresses eine Minderheits-Gewerkschaft vom Verbandsbüro ausgeschlossen werde, die Spaltung der beiden Gruppen endgültig sein solle.

Polen.

Die Räteregierung durch die Rote Armee gefährdet. "Stockholmst Dagbladet" meldet aus Helsingfors, dass die Truppen in Österbotten die Hauptorte der Räteregierung bilden. Diese Truppen streben nach Moskau und weiter nach Osten, um hier Nahrungsmitte zu verschaffen. Die Räteregierung trifft Maßnahmen, um Moskau vor der Invasion dieser hungrigen und völlig disziplinierten Truppen zu schützen.

Eine Kampfrede Trotski. In Riga und Minsk aus Angland eingetroffene Flüchtlinge berichten, dass die Sowjetregierung durch die Sowjetarmee gefährdet. In der letzten Sitzung der Volkskommissare möglicherweise